

In der Gegenwart wird der Staat dem Sozialen untergeordnet. Das politische Handeln löst sich in das gesellschaftliche Handeln auf. Ein Staat mit eigenen Beständen und einer eigenen Raison gilt als Fremdkörper.

Land ohne Staatsidee?

22. Januar 2010, Gerd Held

Zwei Erfahrungen prägen unser Bild vom zeitgenössischen Staat. Einerseits gibt es immer kompliziertere Regeln und einen immensen Gelddurchlauf mit wachsenden Schulden. Andererseits führt diese wuchernde Politik nicht zu einem festen und durchsetzungsfähigen Staat. Seine materiellen und geistigen Bestände bröckeln; und dort, wo er sich mit Widerständen auseinandersetzen muss, versagt er. Das Wuchern des Staates ist die auffälligere Erfahrung, aber das Bröckeln und Schwächeln des Staates ist die bedeutsamere Erfahrung. Es hat eine fundamentale Veränderung stattgefunden, die dem Staat sozusagen seine Geschäftsgrundlage genommen hat. Der klassische Rechts- und Territorialstaat, der am Anfang der Moderne stand, fand seine Legitimität in einem gesellschaftlichen Umfeld, das von Gewalt, Rohheit, Willkür, Gier, Trägheit, Aberglauben und Hörigkeit geprägt war. Der Staat war Zivilisationsmacht gegen die Barbarei, gegen den „Naturzustand“ des Kampfes aller gegen alle, wie es Thomas Hobbes ausdrückte. Er konnte nicht einfach „den Menschen dienen“, sondern er musste sich als eine besondere Maschine, als ein übermenschlicher „Leviathan“ (Hobbes) ihnen gegenüber formieren. Nur so konnte er seine zivilisierende Aufgabe wahrnehmen und die Gesellschaft aus ihrer Befangenheit herausführen.

Wenn man diesen älteren, zivilisierenden Staat mit der heutigen Situation vergleicht, fällt ein fundamentaler Platzwechsel auf: Heute sprechen wir von einer „Zivilgesellschaft“, die bereits das Gute und Kluge verkörpert und sich selbst zivilisiert. Damit wird der Staat auf die Rolle eines Gesellschafts-Begleiters reduziert und die Politik definiert sich nicht in Bezug auf ein Staatswesen, sondern unmittelbar auf die Gesellschaft. In den sozialen Beziehungen der Bürger sollen Friede, Mündigkeit und Wohlfahrt schon enthalten sein. So wird die Normen setzende, vorgebende Hand des Staates zur begleitenden, korrigierenden „zweiten Hand“. Er hat im moralischen Sinn nichts Originäres mehr, keine eigene Substanz, keine positive Idee. Auf diese Weise entzieht sich die Politik auch aller härteren Aufgaben. Diese werden an das Wirtschaftssystem delegiert, während sich beim neueren Staat eher die mildernden Umverteilungsaufgaben ansammeln. Das politische Handeln moderiert nur noch zwischen den Individual- und den Kollektivansprüchen, die an es herangetragen werden. Diese Verwandlung des Staates in einen Gesellschafts-Dienstleister ist heute die Ursache für sein teures Wuchern. Gewiss ist dies Bild etwas überzeichnet, die Verwandlung ist nicht vollständig, aber sie ist ein starker Trend. Wichtig wäre es zunächst, überhaupt von unterschiedlichen und gegensätzlichen Rollen des Staates auszugehen. Ansprüche des zivilisierenden Staates stehen neben Dienstbarkeiten des sozialen Staates. Die Letzteren haben sich allerdings immer mehr in den Vordergrund geschoben. Am sichtbarsten ist das im Sozialetat, dem heute mit Abstand größten Posten im Staatshaushalt. Darin kommt auch eine Umdefinition des Sozialstaats zum Ausdruck. Ursprünglich meinte „sozial“ nur bestimmte Lebenslagen oder bestimmte soziale Gruppen. Dieser „kleine“ Sozialstaat fügte sich noch in den zivilisierenden Staat. Nun aber

hat sich die Definition auf das ganze Leben und „die Gesellschaft in ihrer Gesamtheit ist förder-, beratungs- und betreuungsbedürftig. Zugleich kommt es zu einer bedeutsamen Verschiebung: das Soziale greift auf die anderen Ressorts über und verändert deren Aufgabenstellung. Wenn in der Bildungspolitik nicht mehr die Vermittlung der Bildungsbestände des Landes im Vordergrund steht (angefangen bei Lesen, Schreiben, Rechnen), sondern das „Gemeinsam Lernen“ zur Leitidee wird, dann werden Zivilisationsstandards zugunsten von Schüler-Verteilungen aufgegeben. Nicht die Anspruchsniveaus des Wissens bestimmen die Pädagogik, sondern das Ziel eines sozialen Ausgleichs. In der Gesundheitspolitik führt eine ähnliche Ausgleichsidee zu Regulierungen, die gesunde Menschen für Krankenkassen weniger interessant machen als kranke Menschen. In der Stadtplanung gilt inzwischen eine Stadt mit unterschiedlichen Stadtteilniveaus als Fehlentwicklung und als zu behebendes Übel. Im Namen der „sozialen Stadt“ (so lautet tatsächlich der Titel ein aktueller Programmtitel) wird der weitere Ausbau hochwertiger Stadtteile vernachlässigt – als wäre dieser Ausbau nicht auch wichtig, wenn man die Stadt zu einem Ort machen will, der die Höherentwicklung der Gesellschaft anregt. Auch bei der Wahrung von innerem Frieden und Sicherheit, der klassischen Aufgabe des zivilisierenden Staates, ist eine Schwächung und Hemmung des Staates zu beobachten. Insbesondere wird das Sanktionieren von Rechtsbrüchen und Straftaten infrage gestellt. „Strafen bringt nichts“, heißt es. Stattdessen wird eine Beseitigung der „sozialen Ursachen“ von Gewalt und Verbrechen in Aussicht gestellt – und damit im Namen einer sozialpolitischen Gesellschafts-Betreuung das Gewaltmonopol des Staates geschwächt.

Wenn so die zivilisierenden Höhen des klassischen Staates abgetragen werden, ist das nicht nur ein „linkes“, sondern auch ein „liberales“ Problem. Denn auch der individuelle Bürger unserer Zeit sieht sich gerne als König im Kundenstaat und hat sich auch gut in der Umverteilung eingerichtet. Die staatspolitische Grundfrage unserer Zeit ist also nicht, ob wir „zu viel“ oder „zu wenig“ Staat haben. Vielmehr geht es um die Führungsrolle und Schlagkraft des Staates. Auch um seine Eigenständigkeit als Staat. Er muss eine zivilisierende, hebende Macht sein, und darf sich nicht auf eine bloß dienende Funktion zurückziehen und dem Gesellschaftlichen unterordnen. Eine politische Mehrheit macht nur Sinn, wenn sie die Kraft aufbringt, verbindliche Normen einseitig zu „setzen“. Sie können nicht aus dem Spiel der Interessen hervorgehen, sondern müssen diesem Spiel vorhergehen. Die zivilisierende Macht muss in ihren „öffentlichen“ Gütern eine eigene Substanz hegen und pflegen. Wer sich Bildungsbestände, Verkehrswege oder das Gewaltmonopol vor Augen führt, kann erkennen, dass sich diese Güter nicht einfach aus dem gemeinschaftlichen Wirken der Gesellschaft ergeben, sondern einer besonderen Eigenanstrengung des Staatswesens bedürfen.

Gegen eine solche Führungsrolle gibt es einen wichtigen Einwand. Woher nimmt der Staat das Wissen und die Moral, um das Richtige zu tun? Ist es nicht vermessen, der Gesellschaft, die doch als das „größte Ganze“ erscheint, etwas vorgeben zu wollen? Wer schützt uns vor Missbrauch einer Sondermacht namens „Staat“? Darauf gibt es eine pragmatische Antwort: In allen Ressorts des modernen Staates gibt es sehr wohl Bestände des Guten und Richtigen, die gewissermaßen die „Höhen“ unseres Landes markieren, die gewahrt und ausgebaut werden können. Das moderne öffentliche Wohl hängt nicht von der personalen Macht einer charismatischen Autorität ab, sondern von Errungenschaften in Sachfragen. Nicht eine Person oder Partei ist die höchste Instanz, sondern das Land.

Hier präzisiert sich das, was in einer komplexen Welt unter „dem Ganzen“ verstanden werden kann. Dies Ganze ist nicht „Alles“. Im politischen Sinn eines Staatswesens ist das „Ganze des Landes“ keine minutiöse Kopie der Wirklichkeit, sondern eine Skizze mit einer reduzierten

Zahl von Eckpunkten, Standards und exemplarischen Gütern – so wie auch ein Stadtplan nicht das ganze Leben in einer Stadt wiedergibt und vorschreibt. Nicht in der Gesamtverbindlichkeit lauert daher die Gefahr des Missbrauchs, sondern in der Detailliertheit und Intimität: Wenn der Staat sich also überall einmischt und die Menschen bei der Wahl ihrer Tapeten, bei ihrem Frühstück oder ihren Träumen bei Hand nimmt. Dann wird das „beraten“ und „betreuen“ zur umfassenden Vormundschaft.

Schaut man genau hin, ist diese Gefahr gerade heute besonders groß, wo nicht der zivilisierende Staat dominiert, sondern der gesellschafts-dienende Staat. Es ist die sanfte Vormundschaft von der Sozialbetreuung bis zur Ernährungsberatung, die sich mit einer besonderen Zudringlichkeit und Übergriffigkeit verbindet. Und bei der die Anmaßung, das „richtige Leben“ zu kennen und festlegen zu können, besonders stark ist.

In der gegenwärtigen Wirtschaftskrise gibt es die Parole von der „Rückkehr des Staates“. Aber diejenigen, die sie am lautesten vertreten, haben eigentlich nur den sozialen Staat im Auge. Noch mehr Förderung auf Pump oder eine Revision der Arbeitsmarktreformen – eine solche „Rückkehr“ wäre nicht hilfreich. Die Wirtschaft braucht keine wohlfeile Kritik an der Härte ihrer Leistungsanforderungen, sondern Entlastung durch einen Staat mit eigenen Leistungen und Führungsqualitäten. Deutschland braucht eine Doppelspitze mit den beiden Systemen Wirtschaft und Staat.

Wenn man in dieser Weise dem Staat eine starke, aber begrenzte Rolle zubilligt, und wenn man diese Rolle qualifiziert, indem man die zivilisierende und hebende Rolle des Staates unterstreicht, müssen sich auch die Muster der Reformrufe, die wir aus den letzten Jahren kennen, noch einmal überprüft werden. Das Muster der „Bürgerinitiative“, die für einen „Ruck“ eintritt, ist allzusehr dem zivilgesellschaftlichen Denken verhaftet. Für eine tragfähige Reformpolitik werden vor allem die Facheliten aus den Ressorts des Staates jetzt wichtig. Sie können sich als eigene Kraft formieren, auch wenn ihr Auftreten und die Wege ihrer Einflussnahme wenig spektakulär sind. Denken wir an das alte Vorbild der preußischen Reformer.

Gewiss kann man sagen, dass die „soziale Marktwirtschaft“ und die „Zivilgesellschaft“ für eine glückliche Wendung der deutschen Geschichte stehen. Aber die Staatsferne dieser bundesdeutschen Gründungsstärken werden in der heutigen Lage auch zu einer Hypothek, die die weitere Entwicklung Deutschlands hemmen. Die soziale Marktwirtschaft und die Zivilgesellschaft enthalten, bei näherem Hinsehen, auch nicht alle Gründungstugenden, die in der Bundesrepublik wirksam waren. In der Entscheidung für die Westbindung, im Streben nach wehrhaften Institutionen, in der Bescheidenheit und dem Ernst der Adenauer-Ära gab es auch die Suche nach einer Staatsidee für die Bundesrepublik. Heute werden Reformvorbilder eher bei Ludwig Erhard als bei Konrad Adenauer gesucht. Die zivilgesellschaftliche Gründungserzählung der Bundesrepublik ist – in ihrer Einseitigkeit - auch eine Rückwärtsprojektion der Spätgeborenen, die ihr Ressentiment gegen den „Adenauer-Staat“ pflegen. Für die Zukunft reicht die Ordnungsidee einer Selbstzivilisierung der Gesellschaft nicht aus. Der Staat wird gebraucht, nicht als Sozialbegleiter, sondern als zivilisierende Macht. Deutschland kann dabei an jenen Strängen seiner Geschichte anknüpfen, die in den vergangenen Jahrzehnten nicht weiterentwickelt wurden.

(Manuskript vom 22.1.2010, erschienen als Essay in der Tageszeitung „Die Welt“ am 15.2.2010 unter der Überschrift „Jeder Staat braucht eine Idee“)